

Vielfalt, Teilhabe und öffentliche Verantwortung

Herausforderungen für die Kulturpolitik von morgen

Wolfgang Thierse

Die *Kulturpolitische Gesellschaft* wurde vor 30 Jahren gegründet. Deshalb erlaube ich mir, vor meinem eigentlichen Thema – einigen Bemerkungen zur notwendigen programmatischen Erneuerung der Kulturpolitik – auch den Blick zurück zu richten und daran zu erinnern, wie sehr in den 1970er Jahren in unserer damals staatlich geteilten Kulturnation kulturpolitische Entwicklungen kaum gegensätzlicher hätten sein können. Wenn ich mir diese persönliche Bemerkung erlauben darf: Vor 30 Jahren war ich noch Mitarbeiter des Kulturministeriums der DDR, ein halbes Jahr später war ich schon rausgeflogen.

Auf der *östlichen Seite* – und daran will ich erinnern – war 1976 das Jahr, in dem die Hoffnung auf einen kulturellen Aufbruch in der DDR endgültig erlosch. Die Ausbürgerung Wolf Biermanns, die öffentliche Protestbewegung der kritischen Intelligenz und die darauf folgende repressive Reaktion der Partei- und Staatsführung beendeten endgültig eine Phase relativer Liberalisierung der Kulturpolitik und damit auch der Identifikation vieler Kulturschaffender mit ihrem Staat. Innere Emigration, der Rückzug in die viel zitierten »Nischen«, aber auch die Übersiedlung eines Teiles der Kulturrelite in den Westen war die Folge. Kulturpolitik wurde wieder streng marxistisch-leninistisch ausbuchstabiert, ich zitiere: als »Verwirklichung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur und die Herausbildung einer der Arbeiterklasse, dem schaffenden Volke und der Sache des Sozialismus ergebenden zahlreichen Intelligenz«, so die Phraseologie der SED. Geistige und ökonomische Stagnation, der resignierte Auszug von Intellektuellen und Kulturschaffenden aus der Gesellschaft prägten die DDR in ihrem letzten Jahrzehnt.

Auf *westlicher Seite* hingegen lag 1976 – und viele von den Anwesenden können sich gewiss viel besser als ich daran erinnern – noch in jener Phase von politischer Gestaltung und Einmischung, wie sie typisch war für »Das rote Jahrzehnt 1967–1977«, für »Unsere kleine Kulturrevolution«, so Gerd Koenen nicht ohne subtile Ironie. Ausgehend von »1968 – als Mythos, Chiffre und Zäsur« (so ein Buchtitel von Wolfgang Kraushaar) hielt das Klima von Gesell-

schaftskritik und reformpolitischem Aufbruch an, obwohl hier und da bereits von einer »Tendenzwende« die Rede war. Der Zeitgeist des Fortschritts, den Willy Brandt auf die Formel von »mehr Demokratie wagen« gebracht hatte, wirkte noch fort. Die hier in Hamburg am 10. Juni 1976 gegründete *Kulturpolitische Gesellschaft* entstand genau im Kontext der Reformbewegungen dieser Zeit und fokussierte intellektuelle und gesellschaftsverändernde Impulse auf die Entwicklung einer »Neuen Kulturpolitik«.

Die Verantwortung des Staates für die Pflege und Förderung von Kunst und Kultur hat gerade in Deutschland eine lange Tradition. Nun ging es darüber hinaus in der »Neuen Kulturpolitik« um die aktive Gestaltung auf der Grundlage eines erweiterten Kulturbegriffs. Um »Kultur für alle« und um »Kultur von allen«. Einerseits um die Gewährleistung der kulturellen Versorgung als öffentliche Aufgabe (die Unterhaltung von Museen, Theatern, Opern, Orchestern, Bibliotheken usw.) und andererseits um die spezifische Förderung von jetzt weiter gefassten kulturellen Szenen und Personen (Künstlerförderung, Stadtteilkultur, kulturelle Bildung usw.).

Die »Neue Kulturpolitik« bündelte und operationalisierte in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis die damaligen Leitbegriffe der kultur- und bildungspolitischen Diskussion: Von »Emanzipation, Kreativität, Partizipation, Kommunikation, Humanisierung, Identitätsfindung« war in der Gründungserklärung der Kulturpolitischen Gesellschaft die Rede. Stichworte der Debatte seien in Erinnerung gerufen: Soziokultur – gleichrangig neben bürgerlicher Hochkultur, die vielzitierte »Kultur für alle« (Hilmar Hofmann), das »Bürgerrecht Kultur« (Hermann Glaser), Demokratisierung der Kultur, Kultur von unten, Ideenvielfalt, multikulturell-europäische Offenheit, Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik, Kulturpolitik als kommunale Pflichtaufgabe. Viele Stichworte der Kulturpolitischen Gesellschaft, die den kulturpolitischen Diskurs seither mit bestimmt haben.

Gegenüber der »Gesellschaftsenthobenheit der Kultursphäre«, gegen die »Fixierung auf unsere Kulturinstitute« sei von »Bürgernähe« auszugehen und seien »die Freiheitsrechte der Kulturberufe« zu un-

Dr. Wolfgang Thierse ist Vize-Präsident des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie.





terstützen – für uns in der DDR wirkten solche Formulierungen wie ein Gegenprogramm zur DDR, in der das Ministerium für Kultur bestimmte, Idealismus, Anpassung, Verrat und trotziger Widerstand nicht immer entwirrbar waren und in der etwa im Kulturbund selbst um kleinste Freiräume gerungen werden musste.

Auch wenn uns mancher Begriff heute zeitverhaftet vorkommen mag, so stimmte doch bei der *Kulturpolitischen Gesellschaft* immer die Richtung: für einen

erweiterten Kulturbegriff zu streiten, eine reformorientierte kulturpolitische Forschung zu begründen, für inhaltliche und formale Angebotsvielfalt und kulturelle Innovationen einzutreten, den Menschen als kulturell aktives Subjekt ernst zu nehmen und kulturpolitische Planung auf *ihn* auszurichten. Vermutlich enthält unser heutiger Blick mehr postmoderne Skepsis, der Gestaltungsoptimismus ist wahrscheinlich geringer geworden, säkularisierte Heilserwartung ist uns zu Recht vollständig abhanden gekommen. Doch ist damit die emanzipatorische Vision von der kommunikativen Teilhabe aller Menschen an der demokratischen Selbstgestaltung der Gesellschaft, die auch die Gründung der *Kulturpolitischen Gesellschaft* bestimmte, wirklich obsolet?

Daneben konstituierte sich die *Kulturpolitische Gesellschaft* auch in einem vernünftigen Sinne des Wortes als eine Art Lobby für staatliche und kommunale Kulturpolitik, denn, so wird schon im Gründungsdokument beklagt, »anders als Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik stößt Kulturpolitik bisher auf kein breites öffentliches Interesse«. Im Jahre 1976 war, wie eigentlich in der gesamten Geschichte der alten Bundesrepublik, die Basis für gesellschaftlichen Fortschritt und sozialen Frieden immer noch das Wachstum. Reformpolitik bedeutete, für eine gerechtere Verteilung von steigenden Einkommen zu streiten. Alle Verteilungskonflikte konnten damals deshalb mehr oder weniger friedlich gelöst werden, weil es irgendwie immer Zuwächse zu verteilen gab. Gegen die so genannte »öffentliche Armut« wurde der Ausbau der staatlichen Infrastruktur zu einer

entscheidenden Dimension der Umverteilung. Wie in der Arbeitswelt die Gewerkschaften und in der Politik die sozialen oder linken Flügel der Parteien dafür sorgten, dass es beim Wachstum einigermaßen gerecht zugeht, so machte sich für eine umfassendere und offenere Kulturförderung eben die *Kulturpolitische Gesellschaft* stark. Man setzte sich ein gegen die »ständige finanzielle Unterprivilegierung kultureller Interessen«, wie es im Gründungsmanifest hieß. Wahrlich ein kräftiger Aufbruch, ein starker Beginn, so will mir aus räumlicher und nun auch zeitlicher Ferne erscheinen.

Erneuerung der »Neuen Kulturpolitik«

Das Reformprojekt »Neue Kulturpolitik« von 1976 hatte gewissermaßen zwei Seiten: »Es war *etatisstisch*, weil es mit der Prämisse eines wohlfahrtsstaatlichen Versorgungsdenkens verbunden war, und es hatte eine eher *bürgerschaftlich-zivilgesellschaftliche* Seite, insoweit die Kommunen die Hauptakteure waren und die frei-gemeinnützige Kulturszene als förderungswürdig anerkannt wurde« (Norbert Sievers).

Zum *einen* also setzte Kulturpolitik, selbst die Förderung von Soziokultur, im Prinzip hoheitlich-etatisstisch an, als direkte Finanzierung öffentlicher Kulturinstitutionen und -programme durch staatliche Instanzen. Diese Orientierung auf den auszubauen, starken, wenn nicht gar omnipotenten Nationalstaat war historisch überaus erfolgreich: Selbst in der abgeschwächten ökonomischen Prosperität der 1980er Jahren konnte die »Neue Kulturpolitik« Zuwachsraten von durchschnittlich 15 Prozent verzeichnen. Eine Vervielfältigung der kulturellen Angebotsdichte wurde besonders in den 1970er und 1980er Jahren erreicht. Inzwischen ist dieser Etatismus längst an seine Grenzen geraten. Notwendig ist auch hier eine zweite Phase der »Neuen Kulturpolitik«.

Zum *anderen* bleibt das Ziel kultureller Demokratie von 1976 im Prinzip durchaus bestehen, es muss aber eben in einer gänzlich neuen gesellschaftlichen Situation neu durchbuchstabiert werden. Nicht nur der Ost-West-Gegensatz ist verschwunden. Im globalisierten Austausch von wirtschaftlicher Macht, Geld, Informationen und Arbeitskräften wird industriegesellschaftliche Arbeit bei uns weniger, von Wissensgesellschaft und Dienstleistungsgesellschaft ist die Rede, soziale und kulturelle Muster des Zusammenlebens und des Zusammenhalts wandeln sich, neue Technologien verändern die Alltagskultur. Nicht zuletzt werden auf absehbare Zeit die den Westdeutschen ehemals so innig vertrauten wirtschaftlichen Zuwächse nicht mehr zu verteilen sein und wird die seit 1990 in Ostdeutschland geförderte Erwartung auf einen deutlichen Anteil an diesen Zuwächsen wohl nicht mehr zu befriedigen sein. Der demogra-

phische Wandel wird geradezu umgekehrt die Gestaltung von Schrumpfungprozessen, wie jetzt bereits in manchen ostdeutschen Regionen, notwendig machen. Die Reduktion von Kulturpolitik auf Lobbyismus für eine andere Verteilungsgerechtigkeit reicht vor diesem Hintergrund nicht mehr aus, an strukturellen Entscheidungen wird Kulturpolitik nicht vorbeikommen.

Notwendig ist deshalb zu Zeiten abnehmender öffentlicher Haushalte eine *zweite Phase kulturpolitischer Neuorientierung*. Worin, ist zu fragen, liegen Alternativen zur bloßen Entlastung des Staates von Aufgaben und Kosten, letztlich also zur Perspektive des bloßen institutionellen Kulturabbaus? Wie kann eine Kulturpolitik aussehen, die sich nicht in Rückzugsgefechten, eher das Soziale als das Kulturelle zu kürzen, aufzehrt? Anknüpfend an Debatten der letzten 15 Jahre – um Zivilgesellschaft, Modernisierung des staatlichen Handelns, bürgerschaftliches Engagement, vorsorgender und aktivierender Staat, schrumpfende Städte und Regionen – braucht die Kulturpolitik der Zukunft neue Grundsatzüberlegungen.

Dabei, das sei nochmals betont, war die grundsätzliche Zielsetzung von 1976 nach kultureller Demokratie alles andere als falsch. Doch heute wird man diese grundlegende kulturpolitische Weichenstellung wohl anders mit Leben füllen müssen. Mehr denn je besitzt Kulturpolitik heute einen aktiven Part bei der Bewältigung des krisenhaften gesellschaftlichen Umbruchs. Ohne Kulturpolitik werden wir den heutigen im Gange befindlichen Strukturwandel kaum meistern.

Die Definition dessen, was Kulturpolitik ist, kennen wir: Kulturpolitik als staatliches und kommunales Handeln im Bereich Kunst und Kultur in Form ihres Schutzes sowie der Sicherung und Gestaltung ihrer politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wobei selbstverständlich Kunst und Kultur nicht gleichzusetzen sind, »Kunst ist immer individuelle Setzung. Kultur dagegen kollektive Spannung«, so heißt eine sehr schöne Formulierung des Komponisten Wolfgang Rihm. Auch die Warnung vor jeder Instrumentalisierung durch politische und ökonomische Macht ist nicht neu und bleibt richtig. Kulturpolitik, die diesen Namen verdient, soll der Autonomie der Kunst dienen, deren Selbstzwecksetzung, »Zweckmäßig ohne Zweck«, wie es bereits bei Immanuel Kant hieß. Daher gehört der kulturkritische Umgang mit dem heutigen Doppelcharakter der meisten künstlerischen Produkte, die in der Marktwirtschaft eben auch Waren sind, seit Jahrzehnten

zur Kulturpolitik, zur kulturpolitischen Reflexion. Soweit, so gut.

Häufig jedoch wird Kulturpolitik auf Fragen der finanziellen Kulturförderung konzentriert und reduziert. Das ist der kulturpolitische Alltagskampf, denn mit den Haushaltsdefiziten wird nicht nur der Sozialstaat, sondern auch der Kulturstaat in Frage gestellt. Und gilt nicht: Wenn erst die öffentliche Hand Kultur ermöglicht, dann findet sie ohne die öffentliche Hand seltener statt? Dafür lassen sich in ganz Deutschland Beispiele finden. Auch die hieraus folgende Haltung, in der Defensive das Schlimmste zu verhindern, ist verständlich, ja kulturpolitisch dienstvoll, aber nicht ausreichend: Die Erfahrung seit der deutschen Einheit zeigt, man wird nichts wirklich retten, wenn als Alternative zur sofortigen Schließung nur die schleichende Auszehrung etablierter Kulturinstitutionen durch finanzielle Austrocknung, Reformverweigerung und inhaltliche Stagnation treten würde.

Mein Plädoyer ist deshalb das Plädoyer für eine *Blickveränderung*: Bieten die Grenzen der öffentlichen Finanzen nicht insofern auch eine Chance, als es eben nicht so weiter gehen kann wie bisher? Auch in der Kulturpolitik sind wir eben gezwungen, grundsätzlich über diese nachzudenken und alles Eingefahrene auf den Prüfstand

zu stellen. Zugespitzt und polemisch paradox gefragt: Wieweit ist Kulturpolitik eigentlich auch unabhängig von öffentlichen Haushaltsmitteln möglich? Ich schließe mich dabei denen an, die hierbei eine Rückbesinnung auf kulturpolitische Werte und Leitideen für wesentlich halten. Wir werden den Kampf ums immer zu knappe Geld oder ums noch knapper werdende Geld jedes Mal verlieren, wenn wir nicht klar Werte und Leitideen formulieren können.

Denn Kulturpolitik unterliegt nicht allein den finanziellen Möglichkeiten des Staates. Hinzu kommt, dass sich die Künste und kulturellen Konstellationen selbst wandeln und damit eine andere öffentliche Kulturpolitik verlangen. Das aktuelle Schlagwort lautet »Pluralisierung der Kulturpolitik«. Einerseits wird damit – negativ – die Gefahr des Verlustes sozialstaatlicher Verantwortung im Sinne kultureller Grundversorgung markiert. Andererseits wird damit – positiv bilanzierend – auf den gelungenen Prozess der »neuen Kulturpolitik«, auf die dem Leitbild vom aktiven Bürger entsprechende kulturelle Demokratisierung, verwiesen.

Kulturpolitik auf der Höhe der Zeit muss als Bestandteil wie auch als Gestalter dieses Moderni-

Die Reduktion von Kulturpolitik auf Lobbyismus für eine andere Verteilungsgerechtigkeit reicht vor diesem Hintergrund nicht mehr aus, an strukturellen Entscheidungen wird Kulturpolitik nicht vorbeikommen.

sierungsprozesses konzipiert werden. Die Antworten von gestern verlangen nach Überprüfung, Präzisierung und Revision. Auf die Gefahr des Kulturabbaus muss reagiert werden, wie auch neue Gefährdungen der kulturellen Demokratie erkannt und beantwortet werden müssen.



In jedem Fall darf Kulturpolitik heute nicht als irgendein zusätzliches Politikfeld angesehen werden, das man sich nur unter üppigen Wohlstandsbedingungen leisten kann. Von Hermann Glaser stammt die wunderbar provozierende Passage:

»Kultur darf man nicht als unverbindliche Farbigekeitsbedarfsdeckung begreifen oder sie profitmaximierend betreiben wollen; erst ihre sinnvolle Nutzung legitimiert ihre öffentliche Finanzierung und macht sie zum Kern eines demokratischen Staatswesens. Der Einwurf liegt nahe: Die Wirklichkeit der Kulturpolitik sei anders, entzöge sich der gut gemeinten Absicht von Sonntagspredigten. Wenn dies so ist – und es ist sicher so – dann um so schlimmer für diese Wirklichkeit und den Werktag. Wer sich freilich dagegen nicht wehrt, lebt verkehrt. Kulturpolitik tut gut daran, sich zur ›Ästhetik des Widerstandes‹ zu bekennen; liebt man sie nicht, sollte sie zumindest gefürchtet sein.«

Dieses Sperrige, Kreative und Visionäre der Kultur ist heute geradezu lebenswichtig, um eine krisenhafte Zukunft zu meistern, in der immer mehr politische und gesellschaftliche Konflikte kulturelle Dimensionen besitzen.

Doch gerade wenn es darum geht, zu sagen: »Kulturpolitik heißt ermöglichen« (Hilmar Hoffmann), gerade wenn wir besonders mit den Künsten Erfahrungsräume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit fördern wollen, Erfahrungsräume des Menschen,

Überhaupt geht es um den mutigen Schritt, nicht mehr alles und jedes fördern zu wollen und zu können, sondern wertorientiert Prioritäten zu setzen und Entscheidungen zu fällen und zu vertreten.

jenseits seiner Marktrollen als Konsument und Arbeitskraft, gerade dann muss die Frage erlaubt sein, ob die Antworten und Instrumente von gestern noch unter gewandelten Bedingungen wirken.

Müssten wir nicht in der Erneuerung der »neuen Kulturpolitik« einen wichtigen, allerdings meist vergessenen, Unterpunkt der Querschnittsaufgabe der Erneuerung des Sozialstaates sehen?

Lesen wir eine aktuelle Programmpassage (Leitsätze zu einem neuen Grundsatzprogramm der SPD): »Nun aber stößt der Sozialstaat, wie wir ihn kennen, an seine Grenzen. Er verfolgt noch zu sehr nachsorgende Ziele. Er kümmert sich zu wenig darum, Krankheiten, Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel und Armut von vorneherein zu verhindern. Er fördert und aktiviert die Menschen zu wenig. Die neuen sozialen Fragen, vor allem die Bekämpfung von Armut und Ausschluss, lassen sich mit dem Sozialstaat bisheriger Prägung nur noch unzureichend bewältigen. Er ist in erster Linie auf Transferleistungen sowie erwerbsarbeitsbezogenen Statuserhalt ausgerichtet. Er investiert hingegen zu wenig in die soziale Infrastruktur, mit der die aktive Teilnahme der Menschen am Leben der Gesellschaft unterstützt wird. Seine Finanzierungsbasis ist brüchig geworden!«

Gilt dieser kurze, zugespitzte Problemaufriss nicht auch für Kultur, für Kulturpolitik, von der in dieser Passage bezeichnenderweise mal wieder nicht die Rede ist? Der staatlichen Finanzierung sind enge Grenzen gesetzt, kulturelle Fragen sind auch über die Kulturpolitik im eigentlichen Sinne hinaus von vorne herein mit zu berücksichtigen; gerade Kulturförderung sollte aktivierend sein; der Kampf gegen gesellschaftliche Spaltung besitzt eine wichtige kulturelle Dimension; die kulturelle Infrastruktur, etwa die

Förderung kultureller Bildung, ist von zentraler Bedeutung; überhaupt geht es um den mutigen Schritt, nicht mehr alles und jedes fördern zu wollen und zu können, sondern wertorientiert Prioritäten zu setzen und Entscheidungen zu fällen und zu vertreten.

»Vielfalt, Teilhabe und öffentliche Verantwortung«: das können die drei Leitbilder sein, die – und das wäre das Kriterium – für das friedliche Zusammenleben und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zentrale Bedeutung haben:

Erstes Leitbild der Kulturpolitik: Vielfalt

Wir haben uns angewöhnt, in Feiertagsreden über die Globalisierung, ihre Chancen und ihre Gefahren, auch immer über den Dialog der Kulturen zu reden, ihm ein kleines Kapitel zu widmen. Das Überraschende und Paradoxe ist, dass in den weltpoliti-

sehen Auseinandersetzungen und Gefährdungen der Gegenwart Kulturfragen tatsächlich eine ganz außerordentliche Rolle spielen. Ich erinnere nur an den Karikaturenstreit, den Kopftuchstreit, an die Ängste vor einem Kampf der Religionen und Kulturen. Kultur und Kulturpolitik und die Anstrengungen zu kultureller Verständigung spielen bereits jetzt und mehr noch in der Zukunft eine zentrale Rolle.

Der Dialog der Kulturen ist nicht nur eine Aufgabe der Auswärtigen Kulturpolitik, sondern eine zentrale Aufgabe vor Ort. Spektakuläre Fälle des Scheiterns kultureller Integration im Lande (Stichwort: Rütli-Schule) werden uns wohl auch in Zukunft begleiten, aufgeregte Debatten wie um die »Leitkultur« zeugen davon. Die Internationalisierung unserer Bevölkerung besonders in den Großstädten wird eine stärkere interkulturelle Orientierung aller kulturellen Einrichtungen, Infrastrukturen und Angebote erfordern. Noch konstatieren Untersuchungen, auch der *Kulturpolitischen Gesellschaft*, bisher die faktische Nichtexistenz einer interkulturell qualifizierten Kulturförderung.

Mit der Einwanderung und dem Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen wird kulturelle Vielfalt im Lande weiter zunehmen. Wir müssen uns bei aller Unsicherheit solcher Prognosen vor Augen halten: Auch wenn weiterhin über 150.000 Menschen pro Jahr zuwanderten, würde die Bevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2050 – so die Prognosen – um rund 15 Mio. abnehmen. Das heißt nicht nur, dass das Thema des Schrumpfens und was das für die kulturelle Infrastruktur heißt, nicht mehr nur auf ostdeutsche Randregionen bezogen bleibt. Das heißt vor allem auch, dass sich die kulturellen Akteure mental und konzeptionell auf eine gewaltige Integrationsaufgabe einstellen müssen: Neubürger auf westliche Wertetraditionen und die Landessprache vorzubereiten, von der Integration in den Arbeitsmarkt ganz zu schweigen. In dieser Perspektive kann der innergesellschaftliche kulturelle Dialog nicht mehr als ein Akt multikultureller Sinnesfreude oder als humanitäre Hilfe angesehen werden. Er ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt überlebenswichtig, wenn 2050 möglicherweise bereits jeder Dritte in der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben wird.

Die sozialen, ökonomischen und eben auch kulturellen Folgen der Einwanderung werden nicht zu bewältigen sein, wenn wir kulturelle Vielfalt mit inhaltlicher Beliebigkeit und Standpunktlosigkeit verwechseln. Desinteresse und sprachloses Nebeneinander fördern die Entstehung sich feindlich gegenüberstehender Parallelgesellschaften. Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln aus Humanismus, Aufklärung und christlich-jüdischer Tradition versichern. Kulturpolitik, die nur über Wie-Fragen spricht, wird in die Defensive geraten, die Wozu-Frage nach den orientierenden Inhalten und

Werten muss hinzutreten. Nur ein gleichzeitig wertefundiertes wie tolerantes Kulturverständnis kann sich gegen einen eindimensionalen Kulturbegriff behaupten, der Kultur und Religion zur Begründung von Ausgrenzung missbraucht. Bei aller Verschiedenheit ist der interkulturelle Dialog auf der Basis humanistischer Grundwerte die Voraussetzung für das Gelingen kultureller Integration.

Dabei scheinen mir zwei Aspekte besonders wichtig: Das frühe Erlernen der deutschen Sprache, eine früh fördernde Bildung, bereits im Kindergarten, erst recht in der Schule. Und zweitens einen interkulturellen Dialog ohne Verdacht und Diskriminierung, der von der Annahme ausgeht, dass alle Kulturen und Religionen einen humanistischen Kern haben und prinzipiell friedensfähig sind.

Umgekehrt dürfen wir fundamentalistische Gefährdungen, eine Relativierung der Menschenwürde, eine falsche Politisierung des Religiösen nicht durchgehen lassen. Das sind zwei Seiten einer Medaille, auf der einen Seite die Kulturen und Religionen der Zuwanderer voll anzuerkennen und auf der anderen Seite eindeutig zu sein: Religionsfreiheit bedeutet eben nicht, dass eine Religion Gesetz wird. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes und die Menschenrechtscharta der UNO bilden die Grundlage unseres Zusammenlebens. Der liberale Rechtsstaat garantiert die Vielfalt von Kulturen und Religionen, das friedliche Zusammenleben in der Demokratie mit Angehörigen unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher kultureller Prägung.

Ein zweiter Aspekt: Die Entfaltung kultureller Vielfalt – bis hin zum Traum, oder soll ich sagen bis hin zur Illusion, von einer konfliktfreien bunten Multikulti-Gesellschaft – hat natürlich mit »1968«, mit den „68ern“ zu tun. Der breitere und offenere Kulturbegriff ist auch eine Errungenschaft der »neuen Kulturpolitik«. Ein enger Begriff bürgerlicher Hochkultur wurde gesprengt. Popkultur, Freizeitkultur, Kulturkonsum, Soziokultur wurden ernst genommen und gefördert. Die elektronischen Medien gewannen an Vielfalt und Einfluss. Virtuelle Welten wurden geradezu zur Lebensrealität jüngerer Generationen, jedenfalls zu mehr als nur einer Konkurrenz zu Buch und Theater. Zur Klassik und zum kulturellen Erbe kamen Filmkultur, neue Medien, Pop und Rock, kulturelle Bildung als Themen der Kulturpolitik hinzu.

Man kann das Hohelied dieser erreichten Vielfalt singen, und dabei auch auf die deutlich gestiegene Zahl z. B. an Museumsbesuchen verweisen. Doch der Anstieg des durchschnittlichen täglichen Fernsehkonsums verweist noch auf etwas ganz Anderes: Man kann eben auch weniger optimistisch von vielen Indizien eines kulturellen Niveauverlustes sprechen. Welche Auswirkungen die exzessive Nutzung von

Reiz-Reaktions-Videospielen bei einem Teil der Jugendlichen hat, ist noch gar nicht absehbar.

Die erreichte Vielfalt einer entfalteten Kulturgesellschaft ist erneut bedroht. Was ist aus der »Kultur für alle« geworden? Die Stichworte Banalisierung, Boulevardisierung und Verflachung seien genannt. Heute vor einer der Medienlogik folgenden und US-amerikanisch dominierten kulturellen Globalisierung zu warnen, das ist nicht der übliche Kulturpessimismus. Die Verteidigung der kulturellen Vielfalt gegen deren Bedrohung durch »McWorld«, wie es Benjamin Barber nannte, das Eintreten für die regionale Vielfalt der Kulturen, der Kampf um Schutzmechanismen und gewachsene Fördersysteme für Kultur und Medien, nicht alles der Liberalisierung und Deregulierung anheim fallen zu lassen – das sind (Stichwort: GATS) heute vorrangige Aufgaben der neuen und vor allem der internationalen Kulturpolitik.



Ulrich Kodjo
Wendt Band

Einer Kulturpolitik, das sei hier betont, der weiterhin ein *weiter* Kulturbegriff zugrunde liegen muss: Ein Begriff, der eben nicht nur Kunst und Literatur einschließt, sondern der auch Lebensformen, die Grundrechte der Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen umfassen muss. Und ein Kulturbegriff, der – wie die berühmte kulturpolitische Erklärung der UNESCO von 1982 – auch eine *qualitative* Dimension besitzt. Es geht dort darum, »dass der Mensch durch die Kultur befähigt wird, über sich selbst nachzudenken. Erst durch die Kultur werden wir zu menschlichen, rational handelnden Wesen, die über ein kritisches Urteilsvermögen und ein Gefühl der menschlichen Verpflichtung verfügen. Erst durch die Kultur erkennen wir Werte und treffen die Wahl. Erst durch die Kultur drückt sich der Mensch aus, wird sich seiner selbst bewusst, erkennt seine Unvollkommenheit, stellt seine eigenen Errungenschaften in Frage, sucht unermüdlich nach neuen Sinngehalten und schafft Werke, durch die er seine Begrenztheit überschreitet«. Welch wunderbares, geradezu pathetisches

Bekenntnis zur Kultur im Sinne der Aufklärung, welch ein Gegenprogramm zur rein ablenkenden, zerstreuen, verblöden Unterhaltung. Man wagt ja so etwas kaum noch selber zu sagen, man wird sofort des Kulturkonservatismus geziehen.

Vielfalt heißt für die neue Kulturpolitik auch, Spannungsverhältnisse nicht einseitig aufzulösen, also im Grunde sich auf die Seite dessen zu stellen, was ohne Unterstützung und Förderung verloren zu gehen droht. Das ist ja eine sympathische kulturpolitische Parteinahme. Man kann auch sagen, es geht darum, *Balancen* zu wahren: zwischen Repertoire und Innovation, zwischen Sinnlichkeit und Reflexion, zwischen Lebenswelt und »Artworld« und zwischen Projekt und Institution, zwischen öffentlich geförderter und kommerziell getragener Kultur, zwischen Bund und Ländern, zwischen Metropole und Regionen. Was dann im Einzelnen zum Erhalt der Vielfalt gerade unser Engagement, unsere Parteinahme benötigt, darum muss sich die jeweilige produktive kulturpolitische Auseinandersetzung drehen: Gibt es aus finanziellen Gründen mittlerweile nicht eine Vernachlässigung der Institutionen und eine zu starke Akzentsetzung auf Projektförderung? Wie können wir verhindern, dass öffentlich geförderte gegenüber kommerzieller Kultur immer mehr ins Hintertreffen gerät? Nicht zuletzt: Ist es sinnvoll, die Kulturpolitik ausschließlich den Ländern zu überlassen, den solidarischen Föderalismus, der einmal zur Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik gehörte, durch einen entfesselten Wettbewerbsföderalismus abzulösen? Das bezweifelt nicht nur ein Bundeskulturpolitiker wie ich. Bei 10% der Kulturausgaben durch den Bund, 30% durch die Länder und 60% durch Städte und Kommunen war vor der Föderalismuskommission die Balance von Seiten des Bundes doch nicht wirklich verletzt.

Zweites Leitbild der Kulturpolitik: Teilhabe

Was einmal »Kultur für alle«, das »Bürgerecht Kultur« war, kann in heutiger Terminologie auch mit »Teilhabegerechtigkeit« übersetzt werden. Teilhabe kann als zweites Kernziel der kulturellen Demokratie formuliert werden. Hier, bei Fragen der Teilhabe, ist mehr als bei Fragen der Vielfalt, das Fazit der letzten drei Jahrzehnte *ernüchternd*. Die Vorstellung, es entstünde eine Kulturgesellschaft, wenn nur das Angebot weiter ausgebaut werde, gehörte offenbar zu den großen illusionären Versprechungen der Vergangenheit. Der Einbezug aller in das kulturelle Leben ist heute in größerer Ferne denn je. Trotz der Ausweitung des öffentlichen Kulturangebots, trotz erhöhter Kaufkraft, trotz ausgedehnter Freizeit und trotz höherer formaler Bildung nahm die kulturelle Partizipation in den letzten Jahrzehnten kaum zu. Norbert Sievers spricht gar davon, Kultur sei ein

»knappes Gut« geworden. Die Wahlmöglichkeiten der potentiellen Kulturnutzer seien stärker gestiegen, zwar nehmen die kulturnahen Milieus die Kulturangebote öfter wahr, die Zahl der Besucher von Kulturveranstaltungen selbst allerdings stagniert. Wer früher nicht ins Theater, in die Oper, in Ausstellungen ging, der tut das jetzt auch nicht. Das gestiegene Kulturinteresse beschränkt sich nach wie vor auf die fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung, die kulturelle *Vielnutzer* sind, und auf weitere 40 bis 45 Prozent der Bevölkerung, die gelegentlich öffentliche Kulturinstitutionen in Anspruch nehmen. Die soziale Selektivität von Kultur und Bildung hat sich seit 1976 eben nicht gemindert, eher hat sich mit etwa 50:50 die »kulturelle Spaltung« zwischen Nutzern und Nicht-Nutzern kultureller Einrichtungen offenbar vertieft und verstetigt, geradezu versteinert. Die Rede von der Wissens-, Bildungs- und Kulturgesellschaft ist nicht falsch, trifft aber eben nur höchstens eine Hälfte der Bevölkerung. Die anhand sozialer Kriterien bestimmbaren Spaltungen der Bevölkerung haben zutiefst eine kulturelle Dimension. Hierin liegt der richtige Kern neuer Gerechtigkeitsdebatten, die den Terminus *Exklusion* benutzen.

Exklusion ist eben gleichermaßen ein soziales wie ein kulturelles Phänomen. Es geht um die in der Schule Zurückgebliebenen, die weniger Gebildeten, um die meisten mit Migrationshintergrund, um Viertel und Stadtteile, die zu sozialen Brennpunkten wurden, um Parallelgesellschaften ganz unten, um entraditionalisierte Arbeitermilieus mit apathischer bis aggressiver Distanz zur Mehrheitskultur, um Langzeitarbeitslose, um die typischen Sozialhilfe- bzw. jetzt Hartz-IV-Karrieren, manchmal bereits in der dritten Generation. Auf der einen Seite eine Minderheit, die 3Sat und Arte schaut. Auf der anderen Seite das politik- und kulturferne, auf falsche Emotion, Sex und Gewalt setzende »Unterschichtenfernsehen«, wie Harald Schmidt das bissig genannt hat. Bei den Privatsendern ist es besonders alarmierend. Wie weit sinkt darüber hinaus das Interesse der jüngeren Generation am klassischen Repertoire zugunsten der exzessiven Unterhaltungsnutzung elektronischer und neuer Medien? Vergessen wir nicht: Auch das von uns täglich zur Recherche und beruflichen Kommunikation genutzte Internet wird ebenso heftig von anderen für Erotik, Pornografie und andere Grenzüberschreitungen, für Käufe/Verkäufe, für Chatrooms des Quatschens, Begegnens und Flirtens, zum Herunterladen von Musik und Filmen genutzt.

Der *Gegenbegriff der Teilhabe* verweist darauf, dass Sozialtransfers allein die Situation nicht verbessern werden, es vielmehr auf Fragen von Bildung und Kultur ankommt. Keine Kulturinstitution wird zu retten sein, wenn sie nicht nachgefragt wird. *Kulturelle Bildung* und musische Erziehung wird



also zur entscheidenden Aufgabe teilhabeorientierter Kulturpolitik. Gerechtigkeit, wenn wir sie richtig und zeitgemäß verstehen, Gerechtigkeit meint: gleiche Chancen zur Teilhabe an Bildung, an Arbeit, an Kultur und an Demokratie. Und dabei ist Bildung der Schlüssel zur Chancengleichheit.

KUNDEKÖNIG

Wobei anders, als manche oberflächliche Rezeption von PISA-Studien suggerierte, gerade der kulturellen Bildung auf allen Ebenen eine größere Bedeutung zukommt. Wozu Exklusionserfahrung, Ausländerfeindlichkeit, rechtsextremer Einfluss besonders bei jungen deutschen Männern in abgehängten Regionen führen kann, das macht die jüngste Debatte um so genannte »No-Go-Areas« in Ostdeutschland deutlich. Wir brauchen das Gegenteil einer Atmosphäre der gegenseitigen Abschottung und Verachtung. Besonders bei deutschen Jugendlichen, die sich nicht mitgenommen fühlen, gewissermaßen verwahrlost sind und damit wieder für Nazi-propaganda anfällig werden, geht es darum, den diffusen Ängsten vor Überfremdung besonders durch Bildung, durch kulturelle Thematisierung und Bearbeitung, durch eine berufliche Perspektive entgegenzuwirken. Doch auf der anderen Seite, auch das muss ja immer wieder gesagt werden, müssen die Eingewanderten lernen, von archaischen menschenverachtenden Sitten und Normen – von der Zwangshe bis zu »Ehrenmorden« – zu lassen. Denn gemeinsames Zusammenleben in einer demokratischen Zivilgesellschaft wird nur gelingen, wenn alle, die Deutschen wie die Zugewanderten, Selbstkritik üben und das Arbeiten an ihrer eigenen Identität und Tradition lernen. Integration ist eben nicht nur eine wirtschaftliche und soziale, sondern ganz wesentlich eine kulturelle Aufgabe.

Drittes Leitbild der Kulturpolitik: Öffentliche Verantwortung

Auch auf dem Feld der Kulturpolitik spiegelt sich die grundsätzliche programmatische Auseinanderset-



Abi Wallenstein
& Martin Röttger

zung über die Zukunft unseres Gemeinwesens wider. Den Verteidigern sozialstaatlich gewachsener Strukturen stehen diejenigen gegenüber, die Ungleichheit zum Programm erheben und eine Abkehr vom Sozialstaat hin zu einer »Kultur der Freiheit« fordern, die die gewachsene Kulturförderung als nicht mehr zeitgemäß und als nicht mehr finanzierbar darstellen, die eine Engführung von Kulturpolitik auf eine Aufgabenstellung betreiben, die der allseitigen Konkurrenz untergeordnet ist, die Kultur als wachstumsorientierte Identitätspolitik akzeptieren, die Kultur in ein Legitimationskonzept von Ungleichheit einbauen. Wir kennen das: Kultur als wirtschaftlicher Standortfaktor, die Konzentration auf Event- und Leuchtturmförderung, Kultur als Imagekonzept. Dabei gerieten in den letzten Jahren gegenüber den Rezepten eines abgemagerten Staates, den Rezepten von Deregulierung und Privatisierung diejenigen in die Defensive, die den Kulturabbau beklagen und an allen überkommenen Strukturen festzuhalten versuchen. Das ist die Kampfsituation. Dieser falschen Alternative sollten wir ein anderes kulturpolitisches Leitbild entgegensetzen: Wir dürfen die *öffentliche Verantwortung* für Kunst und Kultur nicht aufgeben und Kunst und Kultur nicht als bloße kommerzielle Dienstleistung organisieren. Diese Gefahr ist heute mehr denn je gegeben unter den grundsätzlich gewandelten Bedingungen beschleunigter Globalisierung, der Integration der Märkte, vor allem des Kapitals, aber auch der Wirtschaftsgüter und Informationen. Die wechselseitige Durchdringung von globaler Ökonomie, Weltgesellschaft und Weltkultur hat erst begonnen. Wir kommen um die sozialen, kulturellen und ökonomischen Fragen nicht herum, wie wir »globalisierungsfähige« Lösungen finden können, ohne die sozialen und kulturellen Standards, ohne die öffentlichen Institutionen auf das Niveau der geringsten Kosten abzusenken. Ein sozial und kulturell ruinöser Standortwettbewerb führt nämlich nicht nur innergesellschaftlich, sondern gleichzeitig extern

zu hohen Kosten und gefährlichen Konflikten.

Der Begriff *öffentliche Güter* bietet nach meiner Überzeugung dafür einen strategisch richtigen und fruchtbaren konzeptionellen Ausgangspunkt. Die sozialökonomischen Probleme, die sich unter den Bedingungen offener Märkte zwischen globaler Ökonomie und lokalen, historisch gewachsenen, sozialen und kulturellen Lebensräumen und -formen zuspitzen, kulminieren in der Frage nach den öffentlichen Gütern. Wenn global immer stärker unter Ausnutzung der jeweils kostengünstigsten Standortfaktoren produziert wird, bedeutet das, dass die jeweiligen Kostenvorteile (bei Löhnen, Steuern, Sozialabgaben oder Arbeitsrechten) gegeneinander konkurrieren. Damit stehen die politisch oder tarifrechtlich garantierten sozialen oder kulturellen Standards, Normen und Verteilungsrelationen, also öffentliche oder kollektive Güter, auf dem Prüfstand der Globalisierung. Das betrifft inzwischen nicht mehr nur die sich entwickelnden Länder oder Schwellenländer in Asien oder Lateinamerika, sondern verstärkt auch Europa.

Viele öffentliche Güter sind volkswirtschaftlich Infrastrukturgüter. Klassisch gehören Straßen und Brücken, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser dazu, aber auch die gewachsene institutionelle Kulturlandschaft und Kunstförderung, wie auch die Wissenschafts- und Forschungsförderung, die sowohl der privaten Wirtschaft, als auch dem Erwerbstätigen, dem einzelnen Bürger zugute kommen. Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit einer erfolgreichen modernen Wirtschaft hängen künftig immer mehr vom Niveau öffentlicher Investitionen in das Arbeitsvermögen – sprich »Humankapital« – der Gesellschaft ab, in ihre Mobilität, in den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen, in die sozialen, Familie und Kinder, deren Bildung und kulturelles Niveau fördernden Strukturen.

Wenn dies, Investitionen in öffentliche Güter, als ökonomisch sinnvolle Strategie akzeptiert ist, sollte sich nicht die Frage stellen, ob der Staat sich diese Investitionen ökonomisch leisten kann: Wenn er sie sich nicht leistet, wird ihm künftig mehr als das fehlen, was er heute spart.

Nicht zuletzt geht es dabei um die Bedeutung kultureller und sozialer Güter für die Demokratie. Eine humane Gesellschaft ist nur möglich, wenn öffentliche Güter ausreichend und in großer Vielfalt bereitgestellt werden. Dies schafft den kulturellen und sozialen Zusammenhalt, der für eine vitale Demokratie unverzichtbar ist und stützt das Kooperationsgefüge der Bürgerschaft.

Der Reichtum kultureller, sozialer, demokratischer Güter, er macht die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden aus. Privatisierung und Kommerzialisierung zerstören dagegen öffentliche Räume und damit urbane Qualität. Öffentliche Museen,

Theater, Volkshochschulen und Stadtbibliotheken sind Güter, an denen alle Bürger ein gemeinsames Interesse haben. Eine große Mehrheit der Bevölkerung ist bisher immer noch bereit, ihren finanziellen Beitrag zu leisten, um ihre Bildungs- und Kultureinrichtungen auf hohem Niveau zu erhalten.

Für einen kulturpolitisch dritten Weg jenseits des Neoliberalismus und jenseits der Illusionen eines Ausbaues des nationalen Wohlfahrtsstaates bedeutet dieser Ansatz vor allem viererlei:

1. Anzuknüpfen an der Debatte um eine *kulturelle Grundversorgung*, auch um Linien zu markieren, hinter die es kein weiteres Zurück geben darf.
2. *Kultur als Bildungspolitik* ins Zentrum zu rücken, denn nicht zuletzt hängt jedes öffentliche Gut davon ab, wie sich öffentliche Meinung, kulturelle Nachfrage, künstlerische Positionierung und kulturpolitisches Engagement in den nachwachsenden Generationen entwickeln wird.
3. Ein neues Verständnis von *Kulturpolitik als Vermittlungsaufgabe*, wozu es einerseits der Öffentlichkeit verpflichtete selbstbewusste Vermittlungsinstitutionen bedarf, die jedoch andererseits in der Lage sein müssen, vielfältige Akteursnetzwerke, mit ihren Mechanismen der Selbstkoordination und Vereinbarung, zu spinnen. Gerade die Kulturpolitik ist ein hoch fragmentiertes Gebilde aufgrund der föderalen Kompetenzverteilung, angesichts unterschiedlicher Ressortzuständigkeiten, des Bedeutungsgewinns der Verbände, der Delegation von Aufgaben an Mittlerorganisationen und intermediäre Instanzen.
4. Die Alternative ist eben nicht Verstaatlichung oder Privatisierung, vielmehr geht es um die Neujustierung des Verhältnisses von staatlicher bzw. kommunaler Politik, gesellschaftlicher Selbstverantwortung und marktwirtschaftlichen Mechanismen. Öffentliche Güter meint nicht automatisch nur staatliche oder gar verstaatlichte Güter, sondern meint gemeinschaftliche, eben politische Verantwortung für ihre Zugänglichkeit. Öffentliche Verantwortung ist nicht notwendig nur Staatshandeln. Politisches Handeln ist nicht per se mit dem Staat gleichzusetzen. Die »Selbstorganisation des Politischen« (Ulrich Beck) tritt hinzu, etwa durch die verstärkte Einbindung ehrenamtlich-bürgerschaftlichen Engagements in die kulturellen Aktivitäten oder durch die »Verantwortungspartnerschaft« bei Finanzierung und Trägerschaft von Kultureinrichtungen (Public-Private-Partnership-Modelle, gemeinnützige GmbHs usw.).

Letztlich orientiert sich auch staatliche und kommunale Kulturpolitik im Sinne eines aktivierenden und vorsorgenden Staates um. Den gesellschaftlichen Akteuren wird und muss größere Bedeutung zugemessen werden, jedoch ohne Staat und Kommu-

nen aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Wird der Charakter des öffentlichen Gutes nicht infrage gestellt, also gewissermaßen unterhalb der Grenze der Ökonomisierung der Kultur, können – wie in den letzten Jahren vor Ort vielerorts entwickelt – betriebswirtschaftliche Verfahren bei der Organisation von Kultureinrichtungen, Marketing-Ansätze in der kulturellen Praxis oder marktwirtschaftliches Kulturmanagement durchaus hinzutreten. Immer im Rahmen politischer Verantwortung.

Es ist ja richtig, dass die Kulturinstitutionen, die wesentlich von der öffentlichen Hand finanziert werden, die Koalitionsvereinbarung spricht hier zu recht von Investition statt Subvention, für die Kulturpolitik wichtig sind. Doch fokussiert Kulturpolitik ihr Handeln nicht manchmal zu stark auf öffentlich finanzierte Einrichtungen und Projekte? Die neue Kulturpolitik kann deshalb auf eine neue Würdigung der Kulturwirtschaft kaum verzichten. Es geht bei der Kulturwirtschaft nicht nur um 1,35 Mio. sozial versicherte Arbeitsplätze, um mehr als 200 Mrd. Euro Jahresumsatz. Literatur, Buch, Presse, Kunstmarkt, Film, TV und Videowirtschaft sind wichtige Teile des öffentlichen Gutes Kultur. So sie kulturell wertvoll und förderungswürdig sind, haben sie nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern besonders die Kulturpolitik zu interessieren. Mein Plädoyer ist, den dritten Sektor und die rein privat finanzierte Kulturwirtschaft in der Kulturpolitik mehr zu bedenken und in die kulturpolitische Gesamtstrategie besser als bisher zu integrieren.

Eine letzte Bemerkung, die im Widerspruch zu dem zuletzt Gesagten zu sein scheint, es aber nicht ist: Zentral für jede neue Kulturpolitik scheint es, mental zu widerstehen, nicht vollends in den Mainstream betriebswirtschaftlichen Argumentierens und kulturfernen Denkens abzugleiten. Ökonomische Sekundärbegründungen mögen im Kampf gegen Kürzungen, bei Entscheidungen zwischen Sozialem und der Kultur ihren taktischen Platz haben. Wir müssen auch betriebswirtschaftliches Denken und marktwirtschaftliche Überlegungen einbetten und sie nicht verteufeln, aber es bleibt die kulturpolitische Gesamtverantwortung. Wer, um es schön auszudrücken, die Künste nicht als »schönste Form der Freiheit« (Michael Naumann) verteidigt, Kultur nicht emphatisch als Bildungsauftrag formuliert, nicht auch grundsätzlich die Bedeutung von Kunst und Kultur unterstreicht, der hat schon verloren. Zur Erinnerung: »Im Mittelpunkt der Kulturpolitik steht die Förderung von Kunst und Künstlern. Ihre Kreativität ist eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft«. So steht es im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Regierung, daran haben wir uns zu halten.